



## **Ausschuss für Kultur und Medien**

### **50. Sitzung (öffentlich)**

19. November 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Iris Staubermann

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung:</b>	<b>5</b>
<b>1 Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden</b>	<b>6</b>
Der Ausschuss wählt Lukas Lamla (PIRATEN) einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden.	
<b>2 Ständige Konferenz der Intendanten in NRW</b>	<b>7</b>
– Gespräch mit Michael Schmitz-Aufferbeck, Sprecher	
<b>3 Kulturgutschutzgesetz der Bundesregierung</b>	<b>19</b>
Sachstandsbericht der Landesregierung Vorlage 16/3410	

**4 Kulturförderplan** **20**  
Sachstandsbericht der Landesregierung

**5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016); kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel der Einzelpläne 02 und 07** **24**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/9300  
Drucksache 16/10150

Vorlage 16/3172 (Erläuterungsband Epl 07)  
Vorlage 16/3184 (Erläuterungsband Epl 02)  
Vorlage 16/3262 (Einführungsbericht Epl 07)  
Vorlage 16/3310 (Einführungsbericht Epl 02)  
Vorlage 16/3301 (Berichterstattergespräch Epl 07)  
Vorlage 16/3433 (Berichterstattergespräch Epl 02)

**Einzelplan 07 Kap. 07 050 – Kulturförderung** **24**

**Einzelplan 07 Kap. 07 100 – Landesarchiv, Archivwesen**

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 1 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 2 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 3 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der CDU, der FDP und der Piraten zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 4 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der CDU, der FDP und der Piraten zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 5 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 6 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der CDU, der FDP und der Piraten zu.

Der Einzelplan 07 Kap. 07 050 – Kulturförderung – und Kap. 07 100 – Landesarchiv, Archivwesen – wird in der geänderten Fassung mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten angenommen.

### **Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei**

**29**

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 1 (Anlage 2) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 2 (Anlage 2) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 3 (Anlage 2) mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piraten zu.

Der Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei – wird mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten angenommen.

### **6 Transparenz über staatliches Handeln im Internet: Nachhaltige Online-Verfügbarkeit für NRW schaffen**

**32**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/10060

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags zu verschieben, bis der federführende Innenausschuss seine Beratung durchgeführt hat.

### **7 Chancen für flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastrukturen durch Breitbandförderrichtlinie des Bundes nutzen – Landesregierung muss Kommunen beim Breitbandausbau endlich unterstützen**

**33**

Antrag  
der Fraktionen CDU und FDP  
Drucksache 16/10071

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags zu verschieben, bis der federführende Ausschuss eine Anhörung durchgeführt hat.

## 8 Verschiedenes

34

### a) Informationsreise zur Berlinale 2016

Der Ausschuss beschließt einstimmig, vom 14. bis 15. Februar 2016 eine Informationsreise zur Berlinale durchzuführen.

### b) Durchführung einer Anhörung

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung einer Anhörung zum Antrag der FDP „Ausverkauf von öffentlicher Kunst verhindern – Schutzschild für die Kultur Nordrhein-Westfalens schaffen“, Drucksache 16/7401, und zum Antrag der CDU „Kunstwerke im Besitz der öffentlichen Hand inventarisieren“, Drucksache 16/9796, am 10. März 2016, 13:30 Uhr.

Bis zum 31. Januar 2016 legen die Obleute eine gemeinsame Vorschlagsliste der Anzuhörenden vor.

### c) Aufhebung des Bedarfstermins 9. Dezember 2015

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Aufhebung des Bedarfstermins am 9. Dezember 2015.

### d) Kulturbericht des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuss kommt auf Anregung des Vorsitzenden überein, bei nächster Gelegenheit über den vorliegenden Kulturbericht zu beraten.

### e) Anhörung am 24. November 2015 zum 15. Rundfunkänderungsgesetz

### f) Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk am 9. Dezember 2015

### g) Runder Tisch „Kunstbesitz von Unternehmen der öffentlichen Hand in NRW“

## **5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016); kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel der Einzelpläne 02 und 07**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/9300  
Drucksache 16/10150

Vorlage 16/3172 (Erläuterungsband Epl 07)  
Vorlage 16/3184 (Erläuterungsband Epl 02)  
Vorlage 16/3262 (Einführungsbericht Epl 07)  
Vorlage 16/3310 (Einführungsbericht Epl 02)  
Vorlage 16/3301 (Berichterstattegespräch Epl 07)  
Vorlage 16/3433 (Berichterstattegespräch Epl 02)

**Einzelplan 07 Kap. 07 050 – Kulturförderung**

**Einzelplan 07 Kap. 07 100 – Landesarchiv, Archivwesen**

Nach Auffassung von **Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** handelt es sich beim vorliegenden Haushaltsplan überwiegend einen Überrolletat, der kaum neue Akzente setze. Das kritisiere er gar nicht grundsätzlich. Die Steigerung um 2 % sei zunächst einmal erfreulich. Allerdings müsse man sich eines klarmachen. Der Bund realisiere bei einem völligen Verzicht auf Neuverschuldung eine Steigerung des Kulturetats um 4 % auf 1,4 Milliarden €. Die Kulturausgaben am Gesamtetat stiegen dadurch auf 0,45 %, obwohl der Bund nicht für Kultur zuständig sei. In Nordrhein-Westfalen liege der Anteil der Kulturausgaben am Gesamtetat dagegen bei 0,29 %.

Selbst bei einer Umrechnung des Bundesanteils nach dem Königsteiner Schlüssel liege der Bundesbetrag in Höhe von 280 Millionen € für Nordrhein-Westfalen erheblich über dem des Kulturetats des Landes. Zwischen 2005 und 2010 sei der Kulturetat des Landes verdoppelt worden. Eine solche Verdoppelung müsse es noch einmal geben, um überhaupt zu einem angemessenen Verhältnis zu kommen und so etwas wie eine 20 %ige Beteiligung an den Grundkosten der Theater und Orchester im Land leisten zu können.

Die CDU halte die Abschaffung der Staatshaftung für einen gravierenden Fehler. Die Staatshaftung stelle ein sinnvolles Modell dar, um Objekte in Museen des Landes zeigen zu können, die entweder gar nicht versichert werden könnten oder gigantische Versicherungssummen erforderten. Der Etatposten für diese Versicherungssummen stelle im Grunde genommen ein Versicherungsförderungsprogramm dar. Die Staatshaftung sei 2007 oder 2008 mit großem Erfolg eingeführt worden. Die jetzige Abschaffung halte er für einen großen Fehler. Dieser sei wahrscheinlich der Tatsache geschuldet, dass der Finanzminister des Landes nicht als besonders kulturaffin gelte.

Der Bund habe für das Pina Bausch Archiv in Wuppertal 28,2 Millionen € bereitgestellt. Das müsse vom Land kofinanziert werden. Das Land solle gemäß vorliegendem Änderungsantrag noch einmal 1,3 Millionen € dafür aufbringen. Der Betrag des

Landes stehe in keiner vernünftigen Relation zu der des Bundes. Der Grund hierfür solle erläutert werden.

Die CDU habe am Vortag die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen per E-Mail erhalten, die nun als Tischvorlage beraten werden sollten. Bei diesem zeitlichen Ablauf erhebe sich die Frage, ob die Anträge sachgerecht beraten werden könnten. Grundsätzlich gingen die meisten Änderungsanträge jedoch genau in die richtige Richtung. Er freue sich, wenn über die Änderungsanträge eine höhere Kulturförderung zustande komme.

Die Änderungsanträge zeigten wiederum die Abwesenheit von Kulturpolitik. Es gebe Kulturadministration, aber keine Kulturpolitik. Die entscheidenden Veränderungen und Akzentsetzungen erfolgten nun über Änderungsanträge. Allerdings sei keiner der Änderungsanträge mit Deckungsangaben versehen. Die CDU habe eine grundsätzliche Kritik an der Haushaltspolitik des Landes, die man immer wieder erneuern werde. Bei einem Etatanteil von 0,29 % spreche man nicht über eine Sanierung des Etats. Dass erfolgreiche Kulturpolitik gemacht werden könne, habe die CDU vor allen Dingen in den Jahren 2005 und 2006 bewiesen, als der Kulturetat jährlich um 20 % angestiegen sei, ohne dass zu dem Zeitpunkt die Steuereinnahmen gesprudelt hätten.

Da die CDU die Kulturpolitik des Landes grundsätzlich für falsch und verfehlt halte, enthalte sie sich bei der Abstimmung über die Änderungsanträge und lehne den Einzelplan in Gänze ab.

**Vorsitzender Karl Schultheis** erinnert an die Vereinbarung aus der letzten Sitzung, wonach Änderungsanträge bis zum Vortag der laufenden Sitzung eingereicht werden könnten. Im Rahmen der Schlussberatung im Haushalts- und Finanzausschuss ließen sich die gestellten Finanzierungsfragen sicherlich beantworten.

**Andreas Bialas (SPD)** hebt hervor, der Umfang des Kulturhaushalts steige – auch durch die vorliegenden Änderungsanträge – nennenswert. Auf der einen Seite fordere die Opposition Ausgabensteigerungen in verschiedenen Bereichen, während sie auf der anderen Seite ein Fortschreiten der Haushaltskonsolidierung erwarte.

Armin Laschet habe in einer Pressemitteilung zur Eröffnung der Spielzeit der Operngemeinschaft Düsseldorf und Duisburg geäußert, dies sei ein Beispiel wunderbarer Kultur und ein Zeichen guter Kulturpolitik. Darin gebe er Armin Laschet zwar Recht, aber die Operngemeinschaft werde hauptsächlich durch die Kommunen getragen. Die Landesregierung gehe eine enge Partnerschaft mit den Kommunen ein und helfe ihnen finanziell. Diese langjährige positive Politik stelle eine absolute Grundvoraussetzung dar, damit diese Kultur im Land so positiv erhalten werden und anwachsen könne.

Die Stadt Wuppertal habe im Stärkungspakt I die meisten Mittel erhalten, weil sie am schlechtesten dagestanden habe. 2017 werde Wuppertal das erste Mal nach 25 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Gleichzeitig erhöhe die Stadt die Mittel für ihre Bühnen und das Theater.

Der Kulturhaushalt 2016 berücksichtige die Tarifentwicklung. Es würden Gelder im Bereich Interkultur und Integration eingestellt. Der Haushalt stehe für die Möglichkeiten des Schauspielhauses Düsseldorf sowohl inhaltlicher als auch räumlicher Art ein. Auch der PACT Zollverein werde gestärkt. Ebenso stiegen die Mittel für den Kulturrucksack der Musikerziehung. Der vorliegende Haushalt setze gerade in der aktuellen Zeit sehr gute Zeichen.

Im Hinblick auf die Einbringung der Finanzmittel des Bundes sei nicht nur Pina Bausch zu nennen. Er danke dem Haushalts- und Finanzausschuss des Bundes herzlich. Die nach Nordrhein-Westfalen kommenden Gelder unterstützten nicht nur das Tanzzentrum, sondern auch Schloss Burg, das Zentrum für verfolgte Künste und Brauweiler. Der Bund bringe diese Gelder jedoch nur einmal ein, während das Land und die Kommunen über Jahre finanzieren. Beim Bau des Tanzzentrums rede man beispielsweise von einem Zeitraum bis etwa 2022. Die Landesregierung habe die Mittel für die Machbarkeitsstudie bereits fest eingeplant. Die Entscheidung sei etwas schneller gefallen als erwartet. Nun ziehe das Land nach. Das gelte auch für die Stadt.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** pflichtet seinem Vorredner bei und hebt hervor, bei einem Gesamtetat von knapp 70 Milliarden € stellten die vorliegenden Änderungsanträge mit einem Umfang von rund 3,1 Millionen € kein Kernproblem dar. Deckungsprobleme für diese Änderungsanträge gebe es nicht, sondern die Deckung erfolge im Rahmen der gesamthaushalterischen Verrechnung.

Mit dem Tanzzentrum entstehe etwas, was er für sehr wichtig für das Land halte. Der Gallionsfigur Pina Bausch müsse das Land Nordrhein-Westfalen gerecht werden.

Er befürworte die beabsichtigte Steigerung des Ansatzes für Musikpflege und Musikerziehung um 500.000 €. Dies werde für ganz viele Projekte von entscheidender Bedeutung sein, um anstehende Integrationsaufgaben vor Ort einbinden zu können.

Engagiere Kay Voges zum Beispiel eine Social Networkerin für 5.000 oder 10.000 € für ein Projekt, könne das aus der Steigerung der Theaterförderung um 200.000 € bezahlt werden.

Die Verpflichtungsermächtigung für JeKits werde um 1 Million € erhöht. Der Ansatz der Förderung von Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche steige noch einmal um 800.000 €.

Ebenfalls für wichtig und erfreulich halte er die Erhöhung des Ansatzes in der Titelgruppe 90 für sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland um 300.000 €. Sie könne zu einer Stärkung der Soziokultur führen und den Kulturserver absichern.

Der Hauptausschuss habe beschlossen, auch die Erinnerungskultur mit rund 500.000 € zusätzlich zu stärken. Enttäuschenderweise habe die CDU in diesem Punkt nicht mitgestimmt. Es gehe dabei beispielsweise um die Absicherung des einzigen Jüdischen Museums in Nordrhein-Westfalen.

**Ingola Stefanie Schmitz (FDP)** bemängelt, die Kulturförderung liege 2016 immer noch deutlich unter der Förderung der Jahre 2012 und 2013. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Landesregierung die Kultur kaputtspare und keine Prioritäten setze. Nun lägen auch noch nicht gegenfinanzierte Änderungsanträge vor. Die FDP werde wie üblich ein gegenfinanziertes Antragspaket in den Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

Im Ministerium würden elf neue Planstellen geschaffen, davon sechs im höheren Dienst. Keine davon sei für Kultur vorgesehen. Auf diese Weise werde nicht nur der Personalkörper weiter aufgebläht, sondern der Kulturbereich werde auch weiterhin stiefmütterlich behandelt.

Mit Interesse habe sie die Aufstockung der Mittel für JeKits zur Kenntnis genommen. Daran werde ein Problem der Koalition deutlich. Finanzielle Mittel würden mit der Gießkanne verteilt, statt Prioritäten zu setzen. Eine Ausweitung des bisherigen JeKi-Projekts halte sie für sinnvoller.

Die Planungsgruppe des Pina Bausch Zentrums solle in den Ausschuss eingeladen werden, um das eigentliche Konzept vorzustellen.

**Andreas Bialas (SPD)** erläutert zum Pina Bausch Zentrum, eine Konzeption sei seitens der Stadt Wuppertal und des GMD in Auftrag gegeben worden. Die Konzeption befinde sich bis voraussichtlich Mai 2016 in einer Machbarkeitsstudie. Dabei werde nicht nur abgebildet, welche räumlichen Voraussetzungen zur Verfügung gestellt werden müssten, sondern auch, wie die inhaltliche Konzeption zu verfeinern und anzupassen sei. Er schlage vor, diesen Schritt abzuwarten, bevor mit den Kooperationspartnern – Stadt, Land und Bund – vereinbart werde, wie man in die Öffentlichkeit gehe.

Der Rat der Stadt Wuppertal habe schon über die Konzeption gesprochen. Auch ein Förderverein habe Teile der Konzeption in die Öffentlichkeit gebracht. Nach Abschluss der Machbarkeitsstudie könne das Zentrum im Einvernehmen mit den Fraktionen und dem Vorsitzenden im Ausschuss thematisiert werden.

**Vorsitzender Karl Schultheis** befürwortet diesen Verfahrensvorschlag.

**Lukas Lamla (PIRATEN)** schließt sich der Kritik von Prof. Dr. Thomas Sternberg in Bezug auf die kurzfristige Vorlage der Änderungsanträge an. Aufgrund des zeitlichen Ablaufs habe er sich nicht mit den Haushaltspolitikern seiner Fraktion kurzschließen können.

Er sei sich nicht ganz sicher, ob er den Änderungsantrag zur Digitalisierung bei den Theatern richtig verstanden habe. Auf der einen Seite gehe es darum, die Theater im Bereich Social Media bei der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Auf der anderen Seite werde auf das Theater Dortmund Bezug genommen und von Experimenten und Projekten gesprochen. Seines Wissens nach sähen die Projekte in Dortmund das Internet als eine Art Bühnenerweiterung, um neue Formate stattfinden zu lassen. Dabei gehe es nicht in erster Linie um Öffentlichkeitsarbeit.

Seitens der Politik werde häufig auf die Bedeutung von Kultur und Musik für die Integration abgehoben. Mit einer Erhöhung des Ansatzes um 500.000 € könne nicht viel bewirkt werden. Dabei handele es sich eher um ein Symbol.

Die Piraten stimmten den beiden angesprochenen Änderungsanträgen zu. Zu den Änderungsanträgen, zu denen er noch keine Möglichkeit gehabt habe, sich mit den Finanzpolitikern der Fraktion abzustimmen, werde er sich der Stimme enthalten.

**Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS)** erläutert mit Bezug auf die Aussage seitens der FDP, der Personalkörper des Ministeriums werde aufgebläht, das Ministerium sei für die stetig steigende Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zuständig. Dieser Herausforderung müsse man sich auch personalpolitisch stellen.

Bezüglich der Staatshaftung werde die Veranschlagung von Mitteln künftig bei Kapitel 07 050 Titel 686 70 vorgesehen, damit die Unterstützung von Ausstellungen mit einem entsprechenden Versicherungsbedarf weiterhin gewährleistet sei. Bei der Kunstsammlung NRW bleibe die Staatshaftung bestehen.

Von Seiten der CDU werde der Vorwurf erhoben, Kulturpolitik finde im Land nicht statt. Zur Begründung würden ausschließlich finanzielle Aspekte angeführt. Auch wenn dieser Aspekt ohne Frage unglaublich wichtig sei, verfolge die Landesregierung einen breiteren Ansatz. Verschiedene dieser Ansätze habe sie im Zusammenhang mit dem Kulturförderplan dargestellt.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 1 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 2 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 3 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der CDU, der FDP und der Piraten zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 4 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der CDU, der FDP und der Piraten zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 5 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 6 (Anlage 1) mit den Stimmen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der CDU, der FDP und der Piraten zu.

Der Einzelplan 07 Kap. 07 050 – Kulturförderung – und Kap. 07 100 – Landesarchiv, Archivwesen – wird in der geänderten Fassung mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten angenommen.

### **Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei**

**Thorsten Schick (CDU)** spricht die Erhöhung des Haushaltsansatzes für das Grimme-Institut und die Mittelkürzung für die Film- und Medienstiftung an. Die Hinzunahme weiterer Projekte mache die Kürzung bei der Film- und Medienstiftung nur noch schmerzhafter, zumal Staatssekretär Dr. Eumann deutlich gemacht habe, welche von der Film- und Medienstiftung geförderten Filme ausgezeichnet worden seien. Auch wenn Finanzmittel aus Gebührengeldern als Einmaleffekt hinzukämen, müsse der WDR ebenfalls sparen. Dem Film- und Fernsehstandort Nordrhein-Westfalen werde mit diesen Kürzungen nichts Gutes getan.

Die Direktorin des Grimme-Instituts habe der Medienkommission Rede und Antwort gestanden und eine durchaus kritische Bestandsaufnahme gemacht. Sie habe auf finanzielle Nöte hingewiesen. Dennoch gebe es auch eigene Baustellen. Der Fernsehkritiker Fritz Wolf habe geäußert, das Haus scheine abgetaucht zu sein, seit es neu geführt werde; denn das Medieninstitut komme in den Medien nicht mehr vor.

Manche Preise hätten durchaus bundesweites Renommee. Im Gesellschafterkreis gebe es jedoch eine sehr stark auf Nordrhein-Westfalen konzentrierte Verankerung. Man könne sicherlich neue Gesellschafter hinzunehmen, um Einnahmepositionen bei der Akquirierung von Projekten zu gewinnen. Es müsse nicht zwangsläufig das Land einspringen. Deswegen lehne die CDU die Änderungsanträge sowie den Gesamthaushalt ab.

**Alexander Vogt (SPD)** wundert sich über das Fehlen jeglicher Änderungsanträge durch die Opposition bzw. die Aussage, Änderungsanträge erst im Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen. Damit entziehe man sich einer Diskussion im Fachausschuss. Das passe nicht zu der vorgebrachten Kritik über zu kurzfristig zugegangene Änderungsanträge der Regierungskoalition.

Im Medienbereich liege ein Schwerpunkt auf der Digitalisierung. Zusätzliche Mittel würden für Medienbildung und Bildungsaspekte bereitgestellt, die die Digitalisierung betreffen. Neben dem Grimme-Institut profitierten davon sonstige Organisationen bzw. im Medienbereich stattfindende Veranstaltungen. Auch Freifunk-Initiativen in Nordrhein-Westfalen würden gestärkt.

**Lukas Lamla (PIRATEN)** äußert sich sowohl inhaltlich als auch von der Höhe her positiv über die Mittelansätze für Freifunk-Initiativen. Beiden Änderungsanträgen werde er zustimmen. Es reiche jedoch nicht, Gelder für diese Initiativen einzustellen. Die Freifunk-Bewegung müsse begleitet werden, damit sie davon profitieren könne. Er wisse von engen Gesprächen zwischen der Staatskanzlei und den Freifunk-Vereinen. Dennoch wolle er dafür sensibilisieren, dass die Politik den Prozess der jungen Bewegung begleiten müsse. Das gestiegene öffentliche Interesse an Freifunk führe zu völlig neuen Anforderungen der ehrenamtlichen Freifunker, die auf einmal eine Infrastruktur aus dem Boden stampfen müssten, die mit der Infrastruktur von etablierten Providern mithalten müsse.

**Thomas Nückel (FDP)** hebt hervor, die FDP entziehe sich nicht der inhaltlichen Auseinandersetzung. Diese könne durchaus im Haushalts- und Finanzausschuss erfolgen, zumal die dort von der FDP eingebrachten Änderungsvorschläge gegenfinanziert seien. Die Koalitionsfraktionen entzögen sich jedoch einer Gegenfinanzierung ihrer eigenen Änderungsanträge.

Der Medienetat werde strukturell auf niedrigem und wenig kreativem Niveau verfestigt, ohne Akzente zu setzen. Zwar werde von vielen neuen Entwicklungen wie Digitalisierung gesprochen, allerdings finde sich davon wenig im Haushalt wieder. Die Kürzung bei der Film- und Medienstiftung schade dem Standort, zumal die Mittel für Filmstiftungen in anderen Bundesländern wieder aufgestockt worden seien. Zudem würden der Stiftung immer mehr Aufgaben zugewiesen.

Die Ansatzserhöhung für das Grimme-Institut sei vertretbar. Allerdings müsse das Institut nun seine Hausaufgaben erledigen. Es werde in der Tat kaum noch wahrgenommen. Derzeit ziehe man sich sehr auf Regionales zurück. Eine bundesweite Verknüpfung fehle. Er fürchte, der Bedeutungsverlust habe – wie auch bei anderen medienpolitischen Projekten – schon begonnen.

Bei anhaltend großem Interesse an Freifunk werde die Bewegung nicht zusammenbrechen. Fehle das Interesse, müsse diese Bewegung nicht künstlich aufrechterhalten werden. Die privaten Initiativen und das fantastische Engagement fänden sicherlich nicht statt, weil der Staat mit ein paar Finanzmitteln locke, sondern weil die Menschen sich dafür engagieren und Innovatives bewegen wollten und weil der Bedarf bestehe.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** betont, eine umfangreiche Pressemappe dokumentiere, zu wie vielen Stellungnahmen, Hinweisen, Nachfragen etc. sich das Grimme-Institut öffentlich geäußert habe. Auch die vorherigen Leitungen seien nicht deutlicher in Erscheinung getreten. Er habe im vergangenen Jahr genauso wie in den Jahren zuvor Fernseh- und Radiointerviews wahrgenommen. Er verstehe die Kritik nicht. Man könne nicht einerseits eine sinkende Bedeutung des Grimme-Instituts bemängeln und sich andererseits gegen eine stärkere finanzielle Unterstützung wenden.

**StS Dr. Marc Jan Eumann (MBEM)** unterstreicht, bei der Film- und Medienstiftung komme es nicht zu einem Einmaleffekt. In der mittelfristigen Finanzplanung der Lan-

desanstalt für Medien sei jährlich eine zusätzliche Summe von 800.000 € eingepreist. Dabei handele es sich etwa um die Summe, die die Film- und Medienstiftung ab dem laufenden Jahr künftig jährlich zu erwarten habe. Das kompensiere die Kürzung.

Er sei den Ehrenamtlichen im Bereich Freifunk sehr dankbar für die tolle Arbeit bei WLAN-Netzen in Flüchtlingsunterkünften und freue sich über die für den Freifunk vorgesehene finanzielle Unterstützung.

Ein Ausschuss der Medienkommission der LfM sei beim Werkstattgespräch zur digitalen Gesellschaft in Europa in der Landesvertretung in Brüssel gewesen. Seitens der Ausschusmitglieder habe er ausnahmslos positive Rückmeldungen dazu erhalten.

Die Fusion von ECMC und Grimme-Institut sei zwar gesellschaftsrechtlich vollzogen, doch nie hinreichend mit Mitteln unterlegt worden.

Der WDR habe sich im Zuge seiner Kürzungsmaßnahmen entschlossen, ein sehr langfristiges Projekt mit einem Volumen von 300.000 € zurückzuziehen. Angesichts des Personalabbaus beim Grimme-Institut innerhalb der vergangenen zwei Jahre sei jeder Euro für dieses wichtige Institut gut angelegt. Das Grimme-Institut sei mit dem Grimme-Preis, dem Grimme Online Award oder dem Hörfunkpreis das herausragende Auszeichnungsinstitut in Deutschland. Es gebe keinen Hinweis auf irgendeinen Zweifel daran.

Bedauerlicherweise müsse ein personeller Aderlass verkraftet werden. Herr Grimberg, der Preisreferent, verlasse das Institut.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 1 (Anlage 2) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 2 (Anlage 2) mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag 3 (Anlage 2) mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piraten zu.

Der Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei – wird mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten angenommen.

**Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 19.11.2015, TOP 5: Haushaltsgesetz 2016:**

**Änderungsanträge zum Einzelplan 07**

# **Tischvorlage**

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Anlage zu Vorlage 16/xxx Abstimmungsergebnis								
1	SPD GRÜNE	<p style="text-align: center;"><b>Antrag</b></p> <p><b>Kapitel 07 050</b> <b>Titelgruppe 60</b></p> <p><b>Titel 633 60</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td><b>2016</b></td> <td><b>2015</b></td> </tr> <tr> <td>von 6.778.500 Euro</td> <td>6.778.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 7.278.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die neuen Integrationsaufgaben können in besonderem Maße durch eine Verstärkung integrativer Musikangebote mit bewältigt werden. Auch eine Förderung der globalen Musik kann besonders geeignet sein, kulturelle Vielfalt zu leben und Toleranz gegenüber vielfältiger kultureller Darstellungen zu erzeugen. Entsprechende musikalische Projekte von Musikschulen, Orchestern u.a. können durch diese Erhöhung im Rahmen der Integrationsmaßnahmen des Landes NRW verstärkt werden. Im Koalitionsvertrag 2012-2017, S. 76, heißt es: „Wir werden die Kulturförderung durch das Land für alle Sparten auch in Zukunft auf dem erreichten Niveau erhalten und – wo möglich und geboten – ausbauen.“ Aufgrund der erstarkenden Zuwanderung ist hier ein Ausbau des Angebotes zwingend.</p>	<b>2016</b>	<b>2015</b>	von 6.778.500 Euro	6.778.500 Euro	um 500.000 Euro		auf 7.278.500 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
<b>2016</b>	<b>2015</b>										
von 6.778.500 Euro	6.778.500 Euro										
um 500.000 Euro											
auf 7.278.500 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Anlage zu Vorlage 16/xxx Abstimmungsergebnis								
2	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 050</b> <b>Titelgruppe 62</b></p> <p><b>Titel 633 62</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td><b>2016</b></td> <td><b>2015</b></td> </tr> <tr> <td>von 20.621.900 Euro</td> <td>20.221.900Euro</td> </tr> <tr> <td>um 200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 20.821.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Das Theater als Gegenwartskunst muss sich der Digitalisierung stellen. Hierzu sind neue Theaterformen notwendig, die sich mit dem Internet und seinen sozialen Netzwerken befassen. Um insbesondere auch die internetaffinen Generationen am Theater zu halten, oder neu dafür zu interessieren, bedarf es entsprechender Projekte und Experimente, so, wie sie z.B. im Theater Dortmund ausprobiert werden.</p>	<b>2016</b>	<b>2015</b>	von 20.621.900 Euro	20.221.900Euro	um 200.000 Euro		auf 20.821.900 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
<b>2016</b>	<b>2015</b>										
von 20.621.900 Euro	20.221.900Euro										
um 200.000 Euro											
auf 20.821.900 Euro											

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016  
Sachhaushalt**

Anlage zu Vorlage 16/....

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																
3	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 63 Stiftung „Jedem Kind Instrumentalspiel, Tanzen, Singen (JeKits)“</b>  <b>Titel 686 63 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%;"><b>2016:</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">8.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;"><b>2015:</b></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">8.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">9.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeiten der zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung:  2017 = 420.000 Euro, 2018 = 580.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Umstellung auf das Projekt JeKits läuft erfolgreich. Die Umstellung von JeKi auf JeKits könnte damit beschleunigt werden.</p>	<b>2016:</b>				von	8.000.000 Euro		<b>2015:</b>	um	1.000.000 Euro		8.000.000 Euro	auf	9.000.000 Euro			SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
<b>2016:</b>																			
von	8.000.000 Euro		<b>2015:</b>																
um	1.000.000 Euro		8.000.000 Euro																
auf	9.000.000 Euro																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Anlage zu Vorlage 16/xxx <b>Abstimmungsergebnis</b>												
4	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 050</b> <b>Titelgruppe 64</b></p> <p><b>Titel 633 64</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: 20px;"> <tr> <td><b>2016</b></td> <td></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2015</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>7.792.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.592.500 Euro</td> <td>7.792.500 Euro</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Im Rahmen des erfolgreichen Projektes „Kulturrucksack“ sollen die Mittel wegen der zusätzlichen Integrationsaufgaben in den Kommunen vor Ort deutlich verstärkt werden. Viele Kinder und Jugendliche können insbesondere durch ein verstärktes kulturelles Angebot vor Ort integriert werden und sich kulturell sowie sprachlich besser und schneller orientieren. Im Koalitionsvertrag 2012-2017, S. 76, heißt es: „Wir werden die Kulturförderung durch das Land für alle Sparten auch in Zukunft auf dem erreichten Niveau erhalten und - wo möglich und geboten - ausbauen.“ Aufgrund der erstarkenden Zuwanderung ist hier ein Ausbau des Angebotes zwingend geboten.</p>	<b>2016</b>		<b>Ansatz lt. HH 2015</b>	von	7.792.500 Euro		um	800.000 Euro		auf	8.592.500 Euro	7.792.500 Euro	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
<b>2016</b>		<b>Ansatz lt. HH 2015</b>													
von	7.792.500 Euro														
um	800.000 Euro														
auf	8.592.500 Euro	7.792.500 Euro													

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016  
Sachhaushalt**

Anlage zu Vorlage 16/....

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis												
5	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b></p> <p><b>Titelgruppe 90 Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch</b></p> <p><b>Titel 685 90 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%;"></th> <th style="width: 25%; text-align: center;">2016</th> <th style="width: 25%; text-align: center;">2015</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: right;">von</td> <td style="text-align: right;">694.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">944.000 Euro</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">um</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">auf</td> <td style="text-align: right;">994.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><u>Begründung:</u></p> <p>a) Inklusions- und Integrationsprojekte sind besonders geeignet, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu thematisieren, herzustellen und zu leben. Kultur bietet hervorragende Plattformen zum Benennen von Werten und deren Reflexion. Besonders für junge Flüchtlinge sollen Angebote im Rahmen kultureller Bildung in zahlreichen Sparten, insbesondere über die Soziokultur und Maßnahmen im Rahmen des internationalen Kulturaustausches, insbesondere auch der globalen Musik, erschließbar werden. Hierfür sind insgesamt 300.000 Euro mehr einzustellen.</p> <p>b) Zur Absicherung des "Kulturserverns" sollen davon 30.000 Euro bereitgestellt werden.</p>		2016	2015	von	694.000 Euro	944.000 Euro	um	300.000 Euro		auf	994.000 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
	2016	2015													
von	694.000 Euro	944.000 Euro													
um	300.000 Euro														
auf	994.000 Euro														

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016**  
Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/....

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																
6	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b></p> <p><b>Titelgruppe 91 Förderung von Kulturbauten</b></p> <p><b>Titel 883 91 Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;"><b>2016</b></td> <td style="width: 15%; text-align: center;"><b>2015</b></td> <td style="width: 55%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.600.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.900.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.100.000 Euro</td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Umbauten, Anbauten, Neubauten, Restauration, Renovierung oder Reparaturen von und an Kulturbauten sind dringend notwendig. Aktuelle Bauvorhaben, insbesondere die Errichtung des Pina – Bausch – Zentrums, machen eine Erhöhung des Mittelsatzes dauerhaft erforderlich.</p>		<b>2016</b>	<b>2015</b>		von	1.600.000 Euro			um	1.300.000 Euro			auf	2.900.000 Euro		1.100.000 Euro	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
	<b>2016</b>	<b>2015</b>																	
von	1.600.000 Euro																		
um	1.300.000 Euro																		
auf	2.900.000 Euro		1.100.000 Euro																



**Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 19.11.2015, TOP 5: Haushaltsgesetz 2016:**

**Änderungsanträge zum Einzelplan 02**

# **Tischvorlage**

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2016  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
A	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 02 060 Medien</b></p> <p><b>TG 60 Aus- und Fortbildung im Medienbereich, Medienkompetenz, digitale Gesellschaft</b></p> <p><b>Titel 547 60 Sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td><b>2016</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2015</b></td> </tr> <tr> <td>von 370.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">395.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 620.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Für neue Initiativen (z.B. in Umsetzung von Freifunk-Projekten) sowie deutlich gestiegenem spartenübergreifenden Bedarf an Digitaler Bildung müssen Mittel verfügbar sein. Es sollen in gesellschaftlich relevanten Themenfeldern auch per Werkvertrag Kompetenzprojekte</p>	<b>2016</b>	<b>Ansatz lt. HH 2015</b>	von 370.000 Euro	395.000 Euro	um 250.000 Euro		auf 620.000 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
<b>2016</b>	<b>Ansatz lt. HH 2015</b>										
von 370.000 Euro	395.000 Euro										
um 250.000 Euro											
auf 620.000 Euro											

	<p>initiiert und finanziell unterstützt werden. Z.B. sollen Potenziale von „serious games“ noch stärker erschlossen werden. In geeigneten Veranstaltungsformaten (z.B. in Fortführung des „NetzpolitikCamp“) soll zudem Austausch und Vernetzung zu diesen Themen organisiert und möglichst verstetigt werden. Daher Mehr i. H. v. 250.000 Euro.</p>		
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2016  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
2	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 02 060 Medien</b></p> <p><b>TG 60 Aus- und Fortbildung im Medienbereich, Medienkompetenz, digitale Gesellschaft</b></p> <p><b>Titel 685 60 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</b> Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: 20px;"> <tr> <td><b>2016</b></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2015</b></td> </tr> <tr> <td>von 450.000 Euro</td> <td>450.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 550.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung von 200.000 Euro um 50.000 Euro auf 250.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> In der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vom 29. Januar 2015 wird Potential für die Erhöhung gesellschaftlicher Teilhabe auch durch neue unkonventionelle Maßnahmen gesehen. Der Beschluss 16/6970 fordert die Landesregierung u.a. auf, Freifunk-Initiativen in den kommenden Jahren finanziell beim Aufbau einer zukunftsfähigen technischen IT-Infrastruktur zu</p>	<b>2016</b>	<b>Ansatz lt. HH 2015</b>	von 450.000 Euro	450.000 Euro	um 100.000 Euro		auf 550.000 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
<b>2016</b>	<b>Ansatz lt. HH 2015</b>										
von 450.000 Euro	450.000 Euro										
um 100.000 Euro											
auf 550.000 Euro											

		<p>unterstützen. Daher sollen Fördermöglichkeiten für Freifunk ausgebaut werden in Höhe von 100.000 Euro. Es wird erwartet, dass weiterhin Bedarf nach der Pilotierung besteht. Daher Erhöhung der VE in Höhe von 50.000 Euro.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2016**

**Sachhaushalt**

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
3	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 02 060 Medien</b></p> <p><b>TG 60      Aus- und Fortbildung im Medienbereich,                  Medienkompetenz, digitale Gesellschaft</b></p> <p><b>Titel 686 60      Zuschüsse an die Grimme Institut GmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2015</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.170.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.120.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.420.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Das Grimme Institut ist ein wichtiger Partner für Medienqualität und Medienbildung in Nordrhein-Westfalen</p>		<b>2016</b>	<b>Ansatz lt. HH 2015</b>	von	1.170.000 Euro	1.120.000 Euro	um	250.000 Euro		auf	1.420.000 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
	<b>2016</b>	<b>Ansatz lt. HH 2015</b>													
von	1.170.000 Euro	1.120.000 Euro													
um	250.000 Euro														
auf	1.420.000 Euro														

	<p>mit langjähriger Erfahrung, hoher Wertschätzung und nationaler Ausrichtung. Die Arbeit des Instituts in den Bereichen Medienbildung und Medienqualität soll daher vor dem Hintergrund weiter gestiegener Anforderungen an Digitale Bildung gestärkt werden. Daher Mehr i. H. v. 250.000 Euro.</p>	
--	--	--

